

Moin Herr Thies,

anliegend unsere Antworten zu Ihren Wahlprüfsteinen.

Die PIRATEN setzen sich dafür ein, dass jeder Mensch ein Höchstmaß an individueller Freiheit und Entscheidungsfreiheit hat. Das zieht sich durch das ganze Parteiprogramm der PIRATEN. Wir sind gegen jede Diskriminierung sexueller Identitäten und Praktiken, solange das sexuelle Selbstbestimmungsrecht jedes Einzelnen, jeder Einzelnen uneingeschränkt gewahrt bleibt. Staatliche kodifizierte Diskriminierung aufgrund sexueller Identitäten sehen wir derzeit nicht. Das bedeutet aber nicht, dass es keine allgemeine gesellschaftliche Diskriminierung gibt: Heteronormativität und Intersektionalität sind real.

Vor diesem Hintergrund wollen Sie bitte unsere nachfolgenden Antworten werten.

(1) Coming-Out ist ein individuell erfahrener und individuell zu bewältigende Prozess. Staatliche oder politische Einflussnahme verbieten sich. Staatlich geförderte Selbsthilfegruppen könnten ein Mittel sein. Auch wenn Menschen als Vorbilder erfahren werden, so ist dies ein individueller Prozess. Einen Menschen dazu zu bewegen, sich als Vorbild herzugeben, verbietet sich ebenfalls. Wir PIRATEN sind hinsichtlich der gelebten oder nicht gelebten Sexualität unserer Mitglieder indifferent. Wenn sich jemand outet, so wird dies unterstützend wahrgenommen, aber nicht gefordert. Sexualität

sehen wir ggfs. als politisches Problem, nicht als Problem innerhalb unserer Partei.

(2) Wir wehren uns gegen jede Diskriminierung.

(3) Als Partei, die zudem (noch) keine politische Verantwortung trägt, sehen wir es nicht als unsere vordringliche Aufgabe an, sexuelle Aufklärung jedweder Art zu leisten. Adressat Ihrer Frage ist der/die politisch verantwortliche und demokratisch gewählte Ministerin/Senatorin für das Schulwesen und die ihn/sie kontrollierenden Parlamentarier.

(4) Wir befinden uns aktuell gesellschaftlich in einem politischen Prozess, der das Öffentliche und dessen Inhalte zu verändern in der Lage ist. Es handelt sich um eine gesellschaftliche Auseinandersetzung, die – so sie mit demokratischen Mitteln geführt wird – dazu beitragen soll, dass sich eine Meinung bildet, die in demokratische Handlungen, wie z.B. Wahlen, mündet. Es geht nicht an, den Anderen Denkverbote oder Meinungen zu oktroyieren, hier stehen Meinungen in Konkurrenz zu einander. Der beste Schutz ist die offene, politische, lebendige, demokratische Auseinandersetzung. Gruppen und Individuen, die für sich Toleranz reklamieren, aber andere ausgrenzen, können nicht mit unserer Toleranz rechnen.

(5) Vielfalt ist ein Merkmal offener Gesellschaften. Sie kann durch

vielfältige Aktionen, z.B. der Betroffenen selbst, immer wieder sichtbar gemacht werden.

Wenn PIRATEN die Regenbogenflagge verwenden, so meinen wir damit immer die ganze queere Community.

(6) .

(7) Der Staat wie auch die Forschungsförderungseinrichtungen wie auch Privatpersonen können Forschungen zu diesem Thema anregen und auch finanzieren. Jedem Wissenschaftler steht es frei, sich mit einem Projekt-Antrag diesen Themen zu widmen und dafür Projektgelder einzuwerben. Das hat mit Art. 5 GG nichts zu tun. Wir setzen uns allgemein dafür ein, dass öffentlich geförderte Forschung auch veröffentlicht wird – ohne dass dafür noch extra bezahlt werden muss.

(8) Menschengruppen-feindliche Äußerungen müssen – so auch und gerade wenn sie strafrechtlich relevant sind – öffentlich kritisiert und die Äußernden politisch zur Rechtfertigung herangezogen werden. Das bedarf auch der Zivilcourage jedes Einzelnen.

(9) Hassgewalt gegenüber bisexuellen Menschen ist zu behandeln wie jede andere Hassgewalt. Allerdings ist nicht jede negative Äußerung gleich auch Hassgewalt. Wie – nicht: dass – hier zu differenzieren ist, steht derzeit in der öffentlichen Auseinandersetzung. Wir wollen nicht, dass mit der Keule der „Hassgewalt“ die Meinungsfreiheit erschlagen wird.

(10) Hinter der Diskriminierung Homosexueller bei Blutspenden steht eine diskriminierende, repressive Vorstellung von Sexualität allgemein, von sexuellen Praktiken im Besonderen, von Monogamie, von Ehe und Familie und von der anscheinend notwendigen Regulation von Sexualität durch die Gesellschaft. Der Hinweis auf Promiskuität bestimmter Gruppen ist eine scheinrationale Diskriminierung, gegen sie wenden wir uns explizit. Wer Blut spendet, übernimmt Verantwortung - und muss ihr gerecht werden.

(11) .

(12) Die Geschlechtsangleichung bei einem Menschen, der nicht rechtsgültig zustimmen kann, ist unmenschlich. Es gibt keine rationale, nicht von ideologischen Beweggründen gesättigte Begründung für geschlechtsangleichende Operationen bei Kindern. Diese müssen verboten werden.

(13) .

(14) Solange Heteronormativität Menschen ins Abseits stellt, kann dieser Ansatz persönliches, individuell erfahrenes Leid mildern. Aber nicht aufheben.

(15) Wir stehen in krassem Gegensatz zur AfD. Und zwar gerade auch weil sie eine Menschengruppen-verachtende Politik betreibt. Wir beteiligen uns wo immer es geht an öffentlichen

Demonstrationen gegen
die AfD, Neo-Nazis, Faschisten und ihre Politik.

(16) Denunziationen sind in ihren Wirkungen unmenschlich.
Verbote
wären hier Sache des Staates. Uns bleibt dazu die politische
Auseinandersetzung, z.B. im Rahmen von Konter-Portalen, wie
sie z.B. von
unserem baden-württembergischen Landesverband auf die
Beine gestellt
wurden.

(17) Unser Gesellschaftssystem ist ein kapitalistisches. Wenn
es
pekuniären Vorteil bringt, dann ist Klima kein
Entscheidungskriterium.
Und solange der Staat diesem Gewinnstreben zu Lasten der
Menschheit
keine wirksamen Grenzen setzt, solange bleiben Klimaforscher
ungehört.
Im Übrigen bewegen sich Klimaleugner auf der Ebene der
Anhänger der
Flat-Earth-Society. Beiden ist mit rationalen Argumenten nicht
beizukommen.